

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 72 (1980)
Heft: 11

Artikel: 100 Jahre Gewerkschaftsbund
Autor: Müller, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

100 Jahre Gewerkschaftsbund

Richard Müller

Wir feiern heute mehr als den hundertsten Geburtstag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Wir feiern heute ein Stück Schweizer Geschichte. Es ist ein bedeutendes Stück in der Geschichte unseres Landes. Es ist die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung. Die Geschichte lässt sich nicht trennen von der Entwicklung, die unser Land in den letzten hundert Jahren genommen hat. 133 überzeugte Kämpfer gründeten 1880 den Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Das Bekenntnis zum gewerkschaftlichen Kampf galt damals als Bekenntnis zu Aufruhr und Umsturz. Die herrschenden Schichten, die Fabrikherren und Industriekapitäne mussten sich zuerst an den Gedanken gewöhnen, dass Arbeiter, dass Lohnempfänger ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen. Der Zusammenschluss der Arbeiterschaft im neunzehnten Jahrhundert bedeutete den Eintritt dieser Arbeiterschaft in die Geschichte unseres Landes. Vorher waren die arbeitenden Massen abhängige Objekte dieser Geschichte gewesen: Menschen, die nicht selber handelten, Menschen, über deren Schicksal von oben verfügt wurde.

Mit der Gründung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes formierten sich die Arbeiter in unserem Lande zur eigenständigen Kraft. Diese Kraft hat unser Land in den letzten hundert Jahren nachhaltig verändert. Diese Kraft ist in den letzten hundert Jahren für das Wohlergehen unseres Landes bestimmend gewesen.

Zwar sucht man die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Geschichtsbüchern unserer Schulen vergebens: Fabrikherren und Industriekapitäne kommen dort vor und werden zu Pionieren des wirtschaftlichen Fortschritts verklärt, Gewerkschaften und Gewerkschafter fehlen. Die Scheu davor, die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung unserer Jugend näherzubringen, hat Gründe: Seit hundert Jahren ist unsere Bewegung eine Kraft, die Veränderung fordert und betreibt. Eine Kraft, die nicht gewillt ist, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu belassen, wie sie sind. In der Schweiz reagiert man ablehnend auf Veränderer, vor allem im Bereich unseres konservativen Schulsystems.

Wir haben die Schweiz verändert. Was haben wir verändert? Die nachhaltigste Zäsur in der Schweizer Geschichte, die wir herbeigeführt haben, ist wohl der Landesstreik von 1918: Er trug den Keim des Umsturzes in sich. Der Reformwille hat gesiegt, als das Bürgertum Einsicht zeigte und zentralen Forderungen der Arbeiter nachgab. Mit dem Generalstreik wurde wichtige politische Gerechtigkeit erkämpft: Die Proporzwahlen in den Nationalrat führten zu einer parlamentarischen Stärke der Arbeiterschaft, die auch ihrem Anteil an Stimmen entspricht. Die politische Demokratie, eine Leistung des Bürgertums im neunzehnten Jahrhundert, wurde um einen wichtigen Schritt demokratischer: durch den Aufruhr

der schweizerischen Arbeiterschaft. Auf den Landesstreik von 1918 können wir stolz sein. Wir haben auch keinen Grund, uns von den Kämpfern zu distanzieren, die mehr wollten, die den Weg zu sozialer und politischer Gerechtigkeit nur über eine Revolution zu erreichen glaubten: Sie gehören genauso wie die Kämpfer, die ihre Hoffnungen auf Reformen setzten, zu den Vätern des Fortschrittes, den wir seither erzielt haben. Eine grosse Stunde der Gewerkschaftsbewegung ist das Friedensabkommen in der Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1937. Oft wird dieses Abkommen, das die Gewerkschaftspolitik bis heute massgeblich beeinflusst, als Gegensatz zum Landesstreik dargestellt. Das ist vollkommen falsch. Der Landesstreik bildet vielmehr den historischen Hintergrund zum Friedensabkommen.

1918 zeigte die schweizerische Arbeiterschaft, dass sie kämpfen kann, dass sie nicht bereit ist, soziale Not und politische Ungerechtigkeit hinzunehmen. Diese Demonstration von Kampfesmut und Kampfeswillen machte die Arbeiterschaft zum anerkannten Partner der Arbeitgeber. Nur eine Arbeiterschaft, von der man wusste, dass sie kämpfen kann, war 1937 in der Lage, mit grossem Gewicht ein Friedensabkommen einzugehen und die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das Friedensabkommen kam in einer Zeit zustande, in der unser Land unter gewaltigem Druck von aussen stand. Der Wille, den Zwist im Innern am Verhandlungstisch zu lösen, um nach aussen umso solidarischer zu handeln, manifestiert die patriotische Loyalität der Arbeiterbewegung in den Stunden der Not. Es ging damals auch um sozialen Fortschritt, um mehr Lohn, um kürzere Arbeitszeit, um soziale Sicherheit für Wehrmänner, um soziale Gerechtigkeit für die Alten. Aber es ging vor allem ums Ganze: um die Schweiz, um unsere Demokratie und um unsere Lebensart.

Es gab damals auch andere Strömungen. Es gab Repräsentanten des Bürgertums, die Anpassung ans Nazireich predigten. Es gab Offiziere, die sehnsüchtig auf die Erfolge der deutschen Wehrmacht blickten. Die schweizerische Arbeiterschaft hat allen Anfechtungen standgehalten. Es ist nicht auszudenken, was geschehen wäre, hätte sie den Versuchungen der Zeit nicht Widerstand geleistet. Auch das wäre ein Thema, das in den Schulen unseres Landes gelehrt werden müsste.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund fester Bestandteil des politischen Lebens unseres Landes. Die Gewerkschaftsbewegung ist aus dem sozialen und politischen Gestaltungsprozess nicht mehr wegzudenken. Ein grosser Tag in unserer Geschichte und in der Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft ist der 6. Juli 1947: Gegen starken bürgerlichen Widerstand wurde die AHV-Vorlage angenommen. Das grösste Sozialwerk des Landes war geboren.

Die Schweiz als moderne Industrienation ist nicht zu trennen von den Kämpfen und Forderungen ihrer Arbeiterschaft: Soziale Sicherheit, Wohlstand und politische Gerechtigkeit kommen seit hundert Jahren

immer wieder von unserer Seite. Leistungen, die heute als selbstverständlich gelten, mussten gegen Bürgertum und Arbeitgeber erkämpft werden. Immer wieder wurden unsere Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit, nach mehr Ferien, nach gerechteren Löhnen als Todesstösse für die Wirtschaft verketzert. Doch die Wirtschaft lebt und blüht!

Es geht nicht darum, am Geburtstag des Gewerkschaftsbundes Kampfstimmung zu erzeugen. Aber es ist doch wohl der richtige Augenblick, die historische Wahrheit über die Bedeutung der schweizerischen Arbeiterbewegung ins Licht zu rücken. Zu wenig weiss man von ihr. Zu wenig wird über sie gelehrt. Zur historischen Wahrheit gehört die Bedeutung der Arbeiterbewegung als zentrale gestaltende Kraft in der Geschichte der Schweiz in diesem Jahrhundert.

Sicher, der moderne Sozialstaat, der die Menschen in unserem Land erst zu freien Menschen gemacht hat, ist das Werk aller Schichten. Der Antrieb aber zu diesem modernen Sozialstaat ging – und geht! – von uns aus: Neben der Sozialpolitik gehören Mieterpolitik, Bodenpolitik, Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik zu den Gebieten, auf denen der Gewerkschaftsbund – oft zusammen mit der sozialdemokratischen Partei – hartnäckig mit Vorstellungen und Vorschlägen vorgestossen ist.

Unsere Erfolge machen uns stolz. Unsere grosse Niederlage muss uns zu denken geben. Es ist die Niederlage unserer Mitbestimmungsinitiative am 21. März 1976. Wir müssen uns – auch heute noch – fragen, weshalb es uns nicht gelungen ist, das Gebot der Mitbestimmung im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Der soziale Fortschritt, um den wir seit hundert Jahren kämpfen, ist im Bewusstsein des Schweizer Volkes eine Selbstverständlichkeit. Die materiellen Zugeständnisse, die uns die Arbeitgeberseite machen muss und noch wird machen müssen, gelten als Früchte eines berechtigten Kampfes. Die Schweizer haben Verständnis für die gewerkschaftlichen Forderungen. Sie haben sogar Verständnis dafür, dass Arbeiter in einer Notsituation ihren Betrieb besetzen, um Entlassungen zu verhindern. Trotz dieses Verständnisses sind wir mit der Mitbestimmung gescheitert. Vielleicht sind wir gescheitert, weil die Mitbestimmung erstmals eine Forderung ist, die nicht auf materiellen Zugewinn abzielt.

Wir selber haben uns in der hundertjährigen Geschichte unserer Bewegung auf materielle Werte konzentriert. Wir mussten dies tun, weil die materielle Notsituation der Arbeitnehmer als erstes verbessert werden musste. Aber vielleicht haben wir zu einseitig eine Gewerkschaftspolitik des messbaren materiellen Fortschrittes betrieben. Vielleicht haben wir einen wichtigen andern Bereich vernachlässigt. Zu diesem andern Bereich gehört die Mitbestimmung. Ihr Ziel ist nicht materieller Zugewinn. Die Mitbestimmung zielt auf die Lebensqualität der Arbeitnehmer in unserer Wirtschaft. Die Arbeitnehmer sollen echte Partner der Arbeitgeber werden. Echte Partner aber müssen über gleiche Rechte und gleiche Anteile an der Macht verfügen. Den mächtigen und immer noch allein

bestimmenden Arbeitgebern dürfen nicht mehr abhängige Arbeitnehmer gegenüberstehen.

Die Fortführung der Sozialpartnerschaft ist nur möglich, wenn sich die Sozialpartnerschaft wandelt: in eine echte, durch paritätische Mitbestimmung abgestützte Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Mitbestimmung, die wir fordern, will das, was im Bereich der Politik selbstverständlich ist: Demokratie. Diese Forderung nach Demokratie in der Wirtschaft hat wenig mit dem materiellen Fortschritt zu tun, für den wir auch in Zukunft kämpfen werden. Es geht um den wesentlichsten Schritt zur Schaffung einer wirklich demokratischen Gesellschaftsordnung. Einer Ordnung, die Demokratie nicht auf den politischen Bereich beschränkt, sondern die Wirtschaft, die so wesentlich unser Leben bestimmt, in die Demokratie einbezieht.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist ein Markstein auf dem Weg zur Befreiung der Menschen von Zwängen und von Fremdbestimmung. Das neue Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes fordert diese Befreiung. Man hält uns entgegen, paritätische Mitbestimmung sei ein Mittel, die herrschende Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Das ist falsch. Wir Gewerkschaften wollen nicht aus den Angeln heben, was dem Arbeitnehmer Früchte gebracht hat. Wir wollen diese Wirtschaftsordnung lediglich so verändern, dass in ihr eine selbstbewusste Arbeitnehmerschaft Platz und gleiche Stimme hat.

In vielen Artikeln zu unserem hundertsten Geburtstag wurde erklärt, wir seien heute als Ordnungsfaktor in dieser Gesellschaft anerkannt. Dieser Begriff «Ordnungsfaktor» wird nun aber ganz verschieden interpretiert: Für die Arbeitgeber und für konservative Politiker bedeutet er, dass wir Gewerkschaften die bestehende Ordnung vertreten, ausschliesslich im Rahmen dieser Ordnung unsere Forderungen stellen und diese Ordnung damit auch bewahren helfen. Für uns aber bedeutet Ordnung nicht dasselbe: Ordnung kann für uns nur Weiterentwicklung des Bestehenden sein. Und Weiterentwicklung heisst auch Veränderung. Der Vorwurf, wir seien Systemveränderer, schreckt uns deshalb nicht: Wir haben dieses System seit der Gründung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1880 kontinuierlich verändert. Die Schweiz von heute ist nicht die Schweiz von damals. Die Schweiz der achtziger Jahre ist nicht die Schweiz der sechziger Jahre.

Veränderung ist unsere Aufgabe. Wenn wir dieser Aufgabe nicht nachkommen, geben wir uns auf. Aus unserer Sicht – es ist eine Sicht, die sich nicht an Ideologie, sondern an geschichtlichen Tatsachen misst – ist eine Ordnung, die sich nicht verändert, eine gefährdete Ordnung. Wo Veränderungen nicht rechtzeitig stattfinden, kommt es zu Explosionen.

Unser Ziel ist eine bessere, eine gerechtere Wirtschaftsordnung, in der sich die Menschen auch hinter den Fabrikatoren entfalten können. Diese Wirtschaftsordnung soll nicht durch eine Explosion herbeigeführt werden. Sie soll aus der bestehenden Ordnung entwickelt werden. Dazu aber braucht es Partner, die Einsicht zeigen, die nicht nur ihre persönliche

Machtstellung im Auge haben, sondern über den eigenen Schatten hinaus das Gemeinsame und das Ganze sehen.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung ist bereit zum Dialog. Sie braucht das nicht erst zu beweisen. Hundert Jahre Schweizerischer Gewerkschaftsbund sind Beweis genug. In einer Zeit, in der viele Menschen, nicht nur in unserem Lande, die Ausrichtung des Lebens auf rein materielle Werte in Frage stellen... in einer Zeit, in der die Frage nach dem Sinn des Lebens in unserer Gesellschaft nachhaltig gestellt wird... nicht nur von jungen Menschen, von den denkenden Menschen aller sozialen Schichten und Altersklassen... in einer solchen Zeit gilt es auch für die schweizerische Arbeiterbewegung, die Gewichtung ihrer Aufgaben und Ziele zu überdenken.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass der materielle und soziale Fortschritt für die Arbeitnehmer auch in Zukunft eine zentrale Säule unserer Arbeit sein wird. Aber es geht auch darum, diese Gesellschaft so zu verändern, dass das sozial gesicherte Leben lebenswert wird, dass die Menschen frei werden von Zwängen und Ängsten, die sie heute noch bedrängen, dass diese Freiheit zu Solidarität führt unter den Menschen, zu Solidarität nicht nur hier bei uns, sondern zu Solidarität mit den Unfreien und Geknechteten in aller Welt. Freiheit, Demokratie und Solidarität sind unteilbar!

Niemand erlebt das immer wieder so drastisch und so schmerzlich wie die Gewerkschaftsbewegung; sei es in Polen, sei es in Südamerika: Wo freie Gewerkschaften sich etablieren, ist ein Stück Freiheit gewonnen. Wo freie Gewerkschaften unterdrückt werden, ist Freiheit verloren. Dies ist auch zu bedenken an diesem Geburtstag: Man kann nicht freien Gewerkschaften in Polen zjubeln und sie bei uns als Gefahr für die Wirtschaftsordnung verketzern.